

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbecker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rummelschen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Reizzeile ober deren Raum 1 M.
Bergungsaussagen und Arbeitervermittlungen 50 Pf.
Bergungsaussagen 30 Pf.

Der Verband sorgt für Lohnerhöhung.

Die wichtigste Aufgabe einer jeden Gewerkschaft ist es, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsangehörigen zu verbessern. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband hat sich dieser Aufgabe stets mit großem Eifer und hervorragendem Erfolg gewidmet. Jetzt in der Kriegszeit, wo die Preise der Lebensbedürfnisse in ungeahnter Weise gestiegen sind, muß auf die entsprechende Erhöhung der Löhne der größte Nachdruck gelegt werden.

Durch Vertagsabschlüsse mit den Unternehmern hat unser Verband Lohnerhöhungen erreicht, die über das im Frieden übliche Maß weit hinausgehen. Die Unternehmer haben unsere Forderungen nur nach heftigem Sträuben bewilligt; der Erfolg unseres Vorgehens kann uns aber nicht veranlassen, die Zugeständnisse zu überschätzen. Wenn auch in vielen Fällen unsere Kollegen Löhne erreicht haben, welche die vertraglichen Mindestlöhne beträchtlich übersteigen, so steht doch die Tatsache fest, daß die Löhne der Holzarbeiter im allgemeinen noch viel zu niedrig sind. Die Lohnsätze müssen noch ganz beträchtlich erhöht werden, um auch nur die vor dem Kriege gewohnte Lebenshaltung zu ermöglichen, die doch berechtigten Anforderungen bei weitem nicht genügt.

Bei der Beurteilung der Lohnhöhe kann man verschiedene Maßstäbe anlegen. Das Lohnverhältnis des Arbeiters soll so hoch sein, daß er damit nicht nur den notwendigsten Lebensunterhalt für sich und seine Familie bestreiten kann, er soll auch imstande sein, an dem Genuß höherer Kulturüter teilzunehmen. Legen wir diesen Maßstab an, dann muß ohne weiteres festgestellt werden, daß die Löhne viel zu niedrig sind, und daß sie schon vor dem Kriege zu niedrig waren. Vergleichen wir jedoch das durch die Lohnhöhe bedingte Kulturniveau der Arbeiter vor Ausbruch des Krieges mit dem Stande der Lebenshaltung einige Jahre zuvor, dann ist ein bedeutender Fortschritt unverkennbar, der zum größten Teil auf das Wirken der Gewerkschaften zurückzuführen ist. Durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen sind wir aber wieder ein sehr großes Stück zurückgeworfen worden.

Das sind Tatsachen, mit denen man in allen Berufen rechnen muß. Wenn wir aber sagen, daß sich unser Deutscher Holzarbeiter-Verband mit hervorragendem Erfolg um die Besserung der Lage der Berufsangehörigen bemüht hat, dann können zum Vergleich nur die Erfolge herangezogen werden, welche die Gewerkschaften in anderen Berufen errungen haben. Um einen solchen Vergleich anzustellen, haben wir die von der Generalkommission bearbeitete Streikstatistik zugrunde gelegt. Die letzte dieser Statistiken bezieht sich auf das Jahr 1916 und ist erst kurz vor Schluß des vorigen Jahres veröffentlicht worden. Auf Grund dieser Statistik haben wir die folgende Tabelle zusammengestellt:

Lohnerhöhungen im Jahre 1916.

(Aus der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften.)

Verband	Personen insgesamt	Durchschnittl. Br. Verh. u. Woche Mf.	Es haben Lohnerhöhungen erreicht:						
			Im einzelnen pro Woche von je 100 Personen.						
			bis 2 Mf.	bis 3 Mf.	bis 4 Mf.	bis 5 Mf.	bis 6 Mf.	bis 10 Mf.	bis über 10 Mf.
Bauarbeiter	104402	7,25	1,2	1,9	0,6	74,0	10,6	11,6	
Holzarbeiter	78608	7,03	12,0	8,7	5,8	17,5	34,2	23,8	
Metallarbeiter	519255	4,41	17,0	27,6	11,0	24,7	15,4	4,2	
Transportarb.	71483	3,90	15,2	39,8	12,8	21,6	6,6	3,9	
Gemeindearb.	56905	3,05	39,2	15,2	38,7	6,8			
Waler	15755	3,05	2,5	89,9	2,6	2,6	1,6	0,7	
Brauer	29821	2,70	46,0	26,3	9,1	18,4	0,2		
Büchmacher	3162	2,58	42,1	23,8	19,0	15,1			
Tafelarbeiter	111111	2,46	8,3	91,5	0,2				
Fabrikarbeiter	94691	2,38	53,1	26,5	11,1	8,9	0,3		
Textilarbeiter	17007	1,99	80,5	11,6	3,5	2,9	1,4		

Die Zahl der Personen, die eine Lohnerhöhung erhalten haben, ist in einigen anderen Berufen höher als bei den Holzarbeitern, das erklärt sich daraus, daß in jenen Berufen die Zahl der Beschäftigten höher ist. Aber bei der erzielten durchschnittlichen Lohnerhöhung pro Person und Woche wird unser Holzarbeiter-Verband mit 7,03 Mf. nur vom Bauarbeiter-Verband übertroffen, wo die durchschnittliche Lohnsteigerung 7,25 Mf. beträgt. Betrachtet man die Lohnsteigerungen im einzelnen, dann treten die Erfolge des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes erst recht hervor. Mehr als 1 Mf. pro Woche haben 75,5 Prozent, also mehr als drei Viertel der in Betracht kommenden Personen erhalten. Ueber 5 Mf. erhielten 58 Prozent, und in der letzten Rubrik, welche die höchsten Lohnerhöhungen über 10 Mf. umfaßt, rangiert unser Holzarbeiter-Verband mit 23,8 Prozent. Einem Satz, der in keinem anderen Beruf auch nur annähernd erreicht wird.

Aus dieser Tabelle darf natürlich nicht herausgelesen werden, daß die anderen Verbände lässiger waren in der Befolgung ihrer Ziele. Der Erfolg ist von verschiedenen Momenten abhängig, und die Verhältnisse sind nicht überall gleich gelagert. Dagegen beweist die Tabelle, daß der

Deutsche Holzarbeiter-Verband mit verhältnismäßig sehr gutem Erfolg für die Erhöhung der Löhne der Berufsangehörigen gewirkt hat. Die Zahlen beziehen sich, woran noch einmal erinnert sei, auf das Jahr 1916. Im Jahre 1917 wurden weit stärkere Lohnerhöhungen erzielt, für welche jedoch Vergleichszahlen noch nicht vorliegen.

Wir freuen uns der errungenen Erfolge, aber sie können uns nicht zufrieden stellen. Trotz der erzielten Erhöhungen sind die Löhne noch viel zu niedrig; nach wie vor sind unsere Bemühungen darauf gerichtet, sie auf eine angemessene Höhe zu bringen. Das ist eine Aufgabe, an der alle Kollegen mitarbeiten müssen, handelt es sich doch um ihre wichtigsten Interessen. Bei dem Kampf um die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen darf keiner zurückbleiben. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der Holzindustrie muß Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sein. Dann werden wir noch weit größere Erfolge erringen und Löhne erlangen, die es uns gestatten, ein wirklich menschenwürdiges Leben zu führen.

Kriegsgewinn und Landesverteidigung.

Die am 8. und 9. März im Hauptauschuß des Reichstages geführten Verhandlungen haben ein Zipselchen von dem Vorhang gelüftet, hinter dem sich riesengroße Korruption verbirgt. Es ist kein Geheimnis, daß das Reich von seinen Lieferanten fürchterlich übers Ohr gehauen wird. Bei der Bewilligung von Preisen für Gegenstände des Heeresbedarfes haben die Behörden eine sehr offene Hand bewiesen. Nicht nur der Landwirtschaft, auch den Industriellen wurden mehr oder weniger offen „Anreizprämien“ bewilligt, um sie zur Steigerung ihrer Erzeugung zu bewegen. Die Unternehmungen der Kriegswirtschaft erzielen fabelhafte Gewinne. Die Aktiengesellschaften, die zur Veröffentlichung ihrer Geschäftsergebnisse verpflichtet sind, hatten die größte Mühe, ihre Bilanzen so zu fristieren, daß die erzielten Gewinne nicht gar zu herausfordernd in Erscheinung treten, aber trotz aller Verschleierungskünste wurden märchenhafte Dividenden ausgeschüttet. Trotzdem wurde das Reich immer weiter geschröpft; es wurden immer weitergehende Forderungen gestellt und in der Regel bewilligt. Es geht ja aus dem großen Beutel.

Dieser große Beutel, aus dem Aktionäre und ähnliche Schmarozeregisten gemästet werden, muß aber vom deutschen Volk gefüllt werden. Die Schuldenlast des Reiches hat eine bedrückende Höhe erreicht, und sie wächst unheimlich weiter. Drückende Steuern lasten auf dem deutschen Volk, aber sie sind nur ein schwaches Vorbild von dem, was uns in dieser Hinsicht noch bevorsteht. Die Steuerpolitik des Reiches war von jeher, und sie ist auch noch jetzt darauf gerichtet, die großen Einkommen und Vermögen zu schonen. Aus dem Massenverbrauch, das heißt in der Hauptsache von den Minderbemittelten und den Armen sollen die Summen aufgebracht werden, die dazu dienen, die Geldschränke der Großindustriellen und der Aktienbesitzer zu füllen. Die durch Schwindel und Betrug erlangten Gewinne an den Rüstungslieferungen sind demnach ein Raub, der an den Taschen des armen Mannes begangen wurde.

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft, die im Reichstagsauschuß an den Pranger gestellt wurde, ist keine Einzelerscheinung. Sie kann vielmehr als ein Musterbeispiel für die Ungeniertheit betrachtet werden, mit welcher die Rüstungsindustrie ihre Raubzüge veranstaltet hat. Die Daimler-Gesellschaft hat schon vor dem Kriege ganz ansehnliche und wachsende Dividenden ausgeschüttet. Im Jahre 1914 wurden 16 Prozent, 1915 28 Prozent und 1916 gar 35 Prozent Dividende verteilt. Man hätte aber leicht 100 Prozent verteilen können. Um den Gewinn kleiner erscheinen zu lassen, hat man alle Anlagen des Unternehmens, alle Gebäude, Maschinen und sogar die Grundstücke bis auf 1 Mf. abgeschrieben. Dann hat man das Aktienkapital im vorigen Jahre von 8 Millionen auf 32 Millionen erhöht. Die Aktien, die im Jahre 1911 noch 228 notierten, sind während des Krieges auf mehr als 1000 gestiegen; die neuen Aktien wurden aber den Aktionären zum Kurse von 107 angeboten. Das bedeutet ein gewaltiges Geschenk. Aber trotzdem man die neuen Aktien an der Dividende teilnehmen ließ, erreichte diese doch eine so gewaltige Höhe.

Der Geldhunger des Kapitals ist aber unerfättlich. Die Direktion der Daimler-Gesellschaft verlangte von der Militärverwaltung für die von ihr gelieferten Motoren einen Preiszuschlag von 50 Prozent. Als diese Forderung nicht sofort bewilligt wurde, drohte der Direktor, Kommerzienrat Berge, mit der Einschränkung der Produktion, obwohl er genau weiß, daß die Lieferung der Motoren in der vereinbarten Zahl für die Landesverteidigung unbedingt erforderlich ist. Gegen die Vorlegung ihrer Geschäftsbücher zur Nachprüfung ihrer Kalkulationen hat sich die Firma hartnäckig gestraubt. Als dem Direktor die Mil-

tarisierung des Betriebes angedroht wurde, ist er wohl von der Betriebseinschränkung abgekommen und hat die Geschäftsbücher vorgelegt. Hinterdrein wurde aber der Militärbehörde bekannt, daß die Firma schon seit längerer Zeit zum Zwecke der Täuschung die Kalkulationsaufstellungen planmäßig gefälscht hat. Das hat dazu geführt, daß bei der Firma eine militärische Leitung eingesetzt und gegen den Kommerzienrat Berge ein Strafverfahren eröffnet wurde.

Ob sich dieses Verfahren auch auf Landesverrat erstrecken wird, ist sehr zweifelhaft, aber mit weit höherem Recht als die Teilnehmer an dem Massenstreik durch die außerordentlichen Kriegsgerichte als Landesverräter ins Zuchthaus geschickt wurden, haben Kommerzienrat Berge und seine Mitschuldigen das Zuchthaus verdient. Die streitenden Arbeiter haben die Landesverteidigung nicht geschädigt. Diese Absicht lag ihnen fern; sie wollten nur ihrem Unwillen über die in Deutschland herrschenden Zustände Ausdruck geben. Es steht fest, daß durch den Streik die Produktion an Kriegsmaterial nicht gehemmt wurde, weil die Erzeugung ohnehin wegen Kohlenmangels eingeschränkt werden mußte. Wenn die Schwerindustriellen von der Vaterlandspartei und ihre Gesinnungsgenossen die Streikenden als Landesverräter denunzierten, dann geschah das wider besseres Wissen. Die Urteile, die davon ausgingen, daß der Streik Landesverrat war, sind Fehlurteile.

Aber wenn sich die Justiz auf den Standpunkt stellt, daß schon die nicht gewollte und nur mögliche Beschränkung der Produktion für den Heeresbedarf Landesverrat ist, dann kann der Kommerzienrat Berge einer solchen Anklage nicht entgehen, sofern in Deutschland gleiches Recht für alle gilt. Die Justiz hätte in diesem Fall Gelegenheit, zu beweisen, daß sie ohne Ansehen der Person urteilt.

In sehr vielen Fällen sind Arbeiter, weil sie bei Lohnstreitigkeiten mit dem Streik gedroht haben, auf Grund des § 253 des Strafgesetzbuches wegen Erpressung bestraft worden. Wir haben eine solche Anwendung des Erpressungsparagraphen stets als Unrecht empfunden, und wir haben Sicherheiten gegen eine mißbräuchliche Anwendung dieses Gesetzesparagraphen gefordert. Diese Forderung ist gerade von der Presse der Scharfmacher auf das schärfste bekämpft worden. Nun hat sich einer der Ihren in dieser Sache des Gesetzes verfangen. Wird auch ihm gegenüber das Gesetz mit der gleichen Strenge angewendet werden?

Wie stehen dieser Frage zweifelnd gegenüber, und auch der Kommerzienrat Berge wird sich über die gegen ihn erhobene Klage kaum große Sorge machen. Hat doch erst kürzlich das Gericht in Wiesbaden in dem Prozeß Philippi, bei welchem einige Herren aus den vornehmsten Gesellschaftskreisen auf etwas stark anrüchliche Weise bei Holzlieferungen für das Heer Millionen verdient haben, diese von der Anklage des Betrugs und des Kriegswuchers freigesprochen.

Aus den Verhandlungen des Reichstagsauschusses hat man übrigens erfahren, daß die beim Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuß (Wumba) eingerichtete Preisprüfungsstelle von den vereinbarten Preisen der Heereslieferanten monatlich bis zu 50 Millionen Mark abstreiche. Wenn trotzdem mit solchen Riesengewinnen gerechnet wird, wie man aus den hohen Dividenden der für den Heeresbedarf arbeitenden Aktiengesellschaften schließen muß, dann kann man sich einen Begriff von den Preisforderungen der Heereslieferanten machen.

Bei den erwähnten Verhandlungen sind noch einige andere Fälle erwähnt worden, bei denen das Reich in unverschämter Weise betrogen wurde. Wenn es möglich wäre, in alle Winkel hineinzufragen und alle die Herrschaften festzustellen, die den Tanz um das Goldene Kalb so erfolgreich mitgemacht haben, dann käme eine Galerie zusammen, in der mancher „Patriot“ und mancher Größe der Vaterlandspartei prangen würden. Eine besonders prächtige Blüte in diesem Kranz ist der Kammerherr von Behr-Pinnow, Ehren doktor, Kabinettssekretär der Kaiserin usw.; sicher einer der Edelsten und Besten der Nation. Dieser feudale Herr hat sich mit Erfolg um die Lieferung von Sandsäcken bemüht. Nebenbei bemerkt, auch ein Beispiel dafür, was für Hände sich, zumal in der ersten Kriegszeit, an Kriegslieferungen gewaschen haben, welche die eigentlichen Erzeuger oft erst aus dritter oder vierter Hand erlangen konnten. Herr v. Behr-Pinnow machte aber auch in Wohltätigkeit. Er wollte den Kriegerfrauen helfen und diesen seine Aufträge zuwenden. Deshalb bewilligte das Kriegsministerium 80 Pf. Arbeitslohn für den Sack, den die Heimarbeiterinnen sonst mit 42 Pf. bezahlt erhielten. Der feudale Sackfabrikant gründete nur mit einer Frau Legationsrat Rose und noch einer Person eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 100 000 Mf.; eingezahlt wurden 25 000 Mf. Mit diesem Kapital hat die Gesellschaft in neun Monaten 483 000 Mf. verdient! Allerdings bekamen die Kriegerfrauen für das Nähen der Säcke nur 42 Pf. statt 80 Pf. Als die unfaire Geschichte ruhmbar wurde, bot Herr v. Behr-Pinnow „freiwillig“ 500 000 Mf. als Bauschuld gezahlt, und das Kriegsministerium schien sich auch damit

zufrieden geben zu wollen. Auch das gerichtliche Verfahren, das eingeleitet war, wurde eingestellt. Aber die Sache nahm eine für den armen Kammerherrn ungünstige Wendung. Auf Beschwerde des Staatsanwalts ordnete das Kammergericht den Fortgang des Verfahrens an.

Diese Verhandlungen im Ausschuss des Reichstages, die voraussichtlich noch eine Fortsetzung im Plenum finden werden, dürften dazu führen, daß den Kriegsgewinnern etwas schärfer auf die Finger gesehen werden wird. Ist doch sogar davon die Rede gewesen, die Summen, um welche das Reich betrogen wurde, gegebenenfalls auch sogar von den unschuldigen Aktionären zurückzufordern. Darob Heulen und Zähneklappen in den Reihen der Kriegsgewinner. Die schwerindustrielle „Deutsche Zeitung“, die von der Vaterlandspartei ausgehalten wird, droht offen mit einem Mißerfolg der Kriegsanleihe, die jetzt angelegt wird. Diese Drohung ist so recht kennzeichnend für den Patriotismus der reichen Kriegslieferanten. Der Krieg ist für sie ein Geschäft, an dem sie sich bereichern wollen. Wenn an den Kriegslieferanten nicht mehr Unsummen verdient werden können, dann verlieren sie alles Interesse an der Vaterlandsverteidigung. Bei lumpigen fünf Prozent für Kriegsanleihe bringt der Patriotismus nicht viel ein; er lohnt sich nur, wenn dabei an Kriegslieferungen, wie im Falle Daimler, 173 Prozent der Selbstkosten verdient werden.

Öffentlich lassen sich Regierung und Reichstag durch die Drohungen der in ihren heiligsten Gefühlen getränkten Kriegsgewinner nicht beeinflussen. Rücksichtslos muß durchgegriffen und die Kriegsgewinner müssen angehalten werden, die Millionen zu erheben, um die sie das Reich betrogen haben. Es gilt, einen Augiasstall auszumisten. Wird sich ein Sarkasasmus dafür finden? Wir müssen gestehen, daß wir daran zweifeln. Trotzdem müssen wir darauf dringen, daß das bössartige Geschwür in seinem vollen Umfang bloßgelegt und daß es nachhaltig entleert wird, denn nur so ist eine Heilung des verletzten Körpers möglich.

Die Zukunft in der Korbmacherei.

Von der Zentralkommission der Korbmacher wird ausgeschrieben:

ph. Unter dieser Ueberschrift bringt die „Deutsche Korbmacher-Zeitung“ in ihrer Februarnummer an leitender Stelle einen Artikel, in dem die Befürchtung ausgesprochen wird, daß die Löhne für die in der Korbindustrie beschäftigten Personen nach dem Friedensschluß jääh abfallen und schließlich niedriger werden als vor Kriegsbeginn. Der Artikelhreiber will untersuchen, welche Körbe nach Friedensschluß resp. bis wir wieder die nötigen Rohmaterialien vom Ausland beziehen können, angefertigt werden. Bevor er aber die Untersuchung abschließt, schiebt er folgende Betrachtung ein:

„Zu einer anfänglich bedeutend geringeren Produktion von Korbwaren — die bisherigen Verbündeten bzw. Freunde der Engländer, wie Italien, Frankreich, Belgien, Japan, China, werden sich sehr viel Mühe geben, uns durch ihre Korbwaren und Rohmaterialien aus dem Handel zu verdrängen — kommt noch der zweite große Faktor in unserer Rechnung: Die ganz anderen Lohnsätze. Denn diese Löhne, wie sie jetzt gezahlt werden, müssen naturgemäß nach Friedensschluß sinken, und es ist zu befürchten, daß diese niedriger werden, als sie vor Kriegsbeginn waren.“

Werdet infolgedessen die Korbmacher ihrem Handwerk antun, ergeissen sie etwas anderes? Ich behaupte: nein! Diese Arbeiten werden höchstens von denen geleistet, die in anderen Industriezweigen arbeiteten, die jetzt nur deswegen Geschäftskörbe machen, weil verschiedene andere Betriebe ruhten, oder die richtigen Korbmacher bleiben dabei. Der Zwang der Scholle, ihres Heimes wird sie halten, nirgends werden die Einkommen nach dem Kriege glänzender sein, und der Korbmacher bleibt in seiner Familie lieber in seiner Heimat, als sich einer fremden Tätigkeit anzuvertrauen.

Wenn auch viele tüchtige Korbmacher nicht mehr aus dem Felde zurückzukehren, ist doch reichlicher Ersatz da in der heranwachsenden Jugend und den vielen Kriegswaisen, die auf einer Schule die Korbmacherei erlernen haben. Diese letzteren werden wohl für ein Industriezentrum, wie beispielsweise Nürnberg, weniger in Betracht kommen, da sie als Einzelarbeiter größere Aufträge nicht leicht werden ausführen können. Diese werden im Sommer ihre Landwirtschaft treiben und hauptsächlich während des Winters ihre Arbeiten anfertigen, die sie bei den naheliegenden Märkten selbst verhandeln, während die Korbmacherfamilien in den unliegenden oberbayerischen und böhmerischen Dörfern diejenigen sich suchen, welche unsere Industrie mit Ware für In- und Ausland versorgt und diesen, wenn man so sagen will, „Kontoren Korbmachern“ gilt meine Betrachtung.

„In welcher Weise wird nun nach Friedensschluß gearbeitet? Der Gedanke einer allgemeinen Abstraffung wäre ja sehr schön, doch fürchte ich, daß das Misstrauen mancher Märkte die Ursache sein wird, daß dieser Gedanke kaum zur Ausführung werden dürfte.“

„Im Falle der angenommenen Rückkehr wird der Umstand eintreten, daß nach Friedensschluß sämtliche Betriebe an Aktionärsfordern in den einzelnen Artillerielegern erörtern oder ergänzt werden müssen, was sowohl leicht wie Schwierigkeiten im bisherigen Verhältnisse besteht, was unter anderen Normen, anderen Lohnsätzen, die wieder im Normalen geschätzten Löhne werden lange Zeit für die Arbeiter eine schwere Sorge bilden, zumal es ungewiß ist, daß die Lohnabstraffung geraume Zeit nach Beendigung des Krieges nicht die alte geringe Höhe werden wird; es wird der Kampf noch erschwerter durch die Konkurrenz der heimkehrenden Arbeiter. Was soll man da machen? Neben überhöhter Sparsamkeit in jeder Beziehung wird es helfen, einige Zeit mit geringstem Lohn zu arbeiten. Aber es wird erlassen werden im Laufe des Jahres. Die Männer und Frauen kämpfen um mehr als um ihr Selbst, sie sind wieder bei uns, und dürfen sich um deutsche Erhaltungsfähigkeit

werden unseren Korbmachern bald wieder bessere Tage schaffen.“

Hier wird also heute schon dem künftigen, soll heißen: geschultesten Korbmacher in naivster Weise zugemutet, nach dem Kriege wieder, wie früher, zu den denkbar niedrigsten Löhnen bei möglichst ausgedehnter Arbeitszeit zu schaffen, trotzdem jeder einzelne in Deutschland, der Artikelhreiber einbezogen, heute schon weiß, daß die ganze Lebenshaltung nach Friedensschluß nie wieder nach früherer Verdiensthöhe bemessen werden kann.

Es wird also von unseren Korbarbeitern etwas verlangt, was diese, bei aller früherer Virtuosität auf dem Gebiet der Hungertechnik, diesmal wohl nicht zu leisten imstande sein werden. Da müßten wir schon allen Ernstes dem Artikelhreiber empfehlen, zur Vorführung dieses Kunststückes seine wertvolle Persönlichkeit selbst zur Verfügung zu stellen, vielleicht ließe sich hier ein Rekord schlagen. Doch Scherz beiseite. Wir könnten da mit anderen gangbaren Vorschlägen dienen. Da ist vor allem der Reichstarif für Geschloßkörbe zu nennen, der zwischen dem Deutschen Solzarbeiter-Verband und allen dabei in Frage kommenden Korbunternehmerorganisationen 1917 abgeschlossen wurde, unter Mitwirkung der Militärbehörden. Zur Ueberwachung und Durchführung des Tarifs ist das Tarisamt des deutschen Korbmachergewerbes eingesetzt.

Warum sollte es nicht möglich sein, bei Friedensaufträgen der Militärbehörden auf Grundlage des jetzigen Geschloßtarifs durch Entscheidung des Tarisamts die Arbeitslöhne den jeweiligen Teuerungsverhältnissen entsprechend in ordnungsmäßige Regelung für das ganze Reich zu bringen? Die Erfahrungen aus früheren Geschloßkorperioden haben doch wahrhaftig bis zum Ueberdruß bewiesen, wie durch eine unregelmäßige Produktion das Korbmachergewerbe in Grund und Boden gearbeitet wurde. Wer sich der durch das Submissionsverfahren erzeugten wüsten Preisunterbietungen und den dadurch bedingten schamlosen Lohnrückstellungen der Jahre von 1892 bis 1914 noch entsinnen kann, dem steigt heute noch der Ekel hoch, wenn er daran denkt, wie sich die Korbindustrie als Handwerk durch dieses Gebahren der Behörde gegenüber profiturierte.

Wir können daher kaum verstehen, daß ehrliche Förderer unseres Handwerks, wozu wir auch den Schreiber in der „D. K. Z.“ zählen, nicht den ganz außerordentlichen Nutzen tariflicher Abmachungen begreifen sollten und nicht auch für die Friedensarbeiten als geeignet ansehen könnten. Daß sich bei tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen auch die Unternehmer am wohlsten fühlen, beweisen alle Industrien, in denen solche Abmachungen seit langen Jahren schon bestehen. Und gerade die Korbindustrie, wo bisher die Schmutzkonturrenz die größten Orgien gefeiert hat, kann nur gesunden, wenn die einsichtsvolleren Betriebsunternehmer sich dazu aufraffen können, mit ihren Arbeitern ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis zu vereinbaren.

Es ist ganz unmöglich, daß die Korbarbeiter jemals wieder zu solchen vor dem Kriege teilweise üblichen Hungerlöhnen arbeiten können und werden, dann ist wohl eher anzunehmen, daß sie ihrem Beruf den Rücken kehren und sich besser bezahlten Industrien zuwenden. Andernfalls wird die gewerkschaftliche Organisation, die in den Kriegsjahren gerade unter den Korbarbeitern sehr gute Fortschritte gemacht hat, der Hölle sein, wodurch die Löhne der Korbarbeiter diejenige Höhe erreichen, die den dann vorhandenen Lebensverhältnissen entsprechen.

Der Artikelhreiber ist dann der Ansicht, daß nach Friedensschluß zunächst „Verbrauchskörbe aller Art“ verlangt werden, und empfiehlt dazu sehr verständnisvoll den Werkstättenbetrieb, also keine Heimarbeit. Von letzterer sagt er wörtlich:

„Es ist nicht zu vermeiden, daß in einer Stube, in welcher während des ganzen Tages ein Hoder mit Wasser zum Einweichen des Flechtmaterials steht, die Luft allmählich derart feucht wird, daß es der Gesundheit des Arbeiters schaden muß, zumal der Arbeiter in derselben Stube, in der er mit seiner Familie arbeitet, kocht, isst (auch schläft! D. V.), mit einem Wort, sich den ganzen Tag in dem kleinen Raum aufhält, dessen Luft sich von Stunde zu Stunde verbleibet. Die Werkstatt jedoch, an sich schon größer und höher, verläßt der Korbmacher mittags und abends, und auf dem Heimweg haben seine Lungen reichlich Gelegenheit, frische Luft zu schöpfen und sich zu reinigen.“

Wir können diese Ansicht nur unterschreiben und wünschen nur, daß die Arbeitgeber sich allgemein zu dieser belehren möchten, die Korbindustrie in ihrer Gesamtheit könnte nur den größten Nutzen davon haben.

Soziales.

Waren aus Papiergarn.

Die bisher für Waren aus Papiergarn bestandene Bezugspflicht ist aufgehoben worden. Man wird diese Nachricht in den Kreisen der Verbraucher mit ziemlichem Gleichmut aufnehmen, denn derartige Waren waren bisher nur sehr wenig im Gebrauch. Zu den Zeitungen konnte man wohl von großartigen Fortschritten in der Kunst, Gewebe aus Papierstoff herzustellen, lesen; man hörte von der vielfältigen Verwendungsmöglichkeit des neuen Stoffes und von fortgesetzten Verbesserungen, welche die Haltbarkeit der Papierstoffe erhöhen; diese Stoffe selbst aber waren im Handel fast selten zu haben. Das kam daher, daß die Pereresverwaltung die Erzeugnisse der Papiergarnstoffe zum größten Teil für ihre Zwecke verwendete. Die Bezugspflicht tat ein übriges, um den Eingang des neuen Stoffes, dem eine große Zukunft vorausgesetzt wird, in den Verbrauch der breiten Massen zu erschweren. Die Aufhebung der Bezugspflicht ist nun auf Wunsch der Fabrikanten der Papierstoffe von der Reichsbeleidigungsstelle verfügt worden.

Ob künftig Papierstoffe härter begehrt werden, ist noch recht zweifelhaft. Die Papierstoffe sind nämlich ungeheuer teuer. So kostet z. B. ein Arbeitstittel, für den man aus Leinen hergestellt, in Friedenszeiten 6 Mk. gezahlt hat, aus Papierstoff 20 Mk., und dabei ist der Papierstoff viel weniger haltbar als der Leinene. Diese hohen Preise des Pa-

ptergarns sind sachlich keineswegs begründet. Sie entspringen der Profitgier der Textilfabrikanten, die zwar ihre Arbeiter schlecht entlohnen, aber für ihre Erzeugnisse Wucherpreise nehmen. Hiergegen wendet sich eine Eingabe, die der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes an den Reichsanwalt gerichtet hat. Als Beispiel für die Preistreiberer führt die Eingabe an, daß eine Binde, die aus Baumwolle hergestellt, einen Preis von 75 Pf. hat, aus Papier hergestellt 4,50 Mk. kostet. Die Eingabe sagt dann weiter: „Als Ursache der geradezu unerschwinglichen Preise bei Herstellung der denkbar schlechtesten Qualität wird allgemein eine an Wucher grenzende Profitgier der in Frage kommenden Industriellen bezeichnet.“ Nachdem noch auf die schlechte Entlohnung der Arbeiter hingewiesen wurde, wird verlangt, daß durch energische Maßnahmen im Interesse der gesamten Bevölkerung der Praxis der Papiergarn- und -stoff erzeugenden Industrie entgegengetreten werde.

Unter normalen Verhältnissen müßten die Fabrikanten von Papierstoff selbst das größte Interesse an der Billigkeit ihrer Erzeugnisse haben, damit sie die Konkurrenz mit den anderen Faserstoffen erfolgreich bestehen können. Der bestehende Mangel an Wolle und Baumwolle schafft den Herren aber eine günstige Position. Die Kriegsnot ermöglicht es ihnen, mit dem zu anderen Zeiten lächerlichen Grundsatz „teuer und schlecht“ gewaltige Profite einzuhemfen. Sie können auch das Publikum ungestraft schröpfen, weil ihnen die Pereresverwaltung die Abnahme ihrer Erzeugnisse garantiert. Welchen Erfolg die Eingabe des Textilarbeiterverbandes haben wird, muß man abwarten. Vermutlich wird sich erst nach dem Kriege zeigen, ob sich die Papierfaserstoffe wirklich im Wettbewerb gegen die seitherigen Faserstoffe behaupten können. Aber auch während der Dauer des Krieges wird die Aufhebung der Bezugspflicht nur dann einen Erfolg haben, wenn die Preise für Papierstoffe ganz bedeutend herabgesetzt werden.

Die Verordnung gegen den Schleichhandel.

Die am 7. März erlassene und am 15. März in Kraft getretene Bundesratsverordnung gegen den Schleichhandel ist wieder eine Halbheit, mit welcher der verfolgte Zweck nur in unvollkommenem Maße erreicht wird. Die Verordnung besagt:

„Wer gewerbsmäßig Lebens- oder Futtermittel, für die Höchstpreise festgesetzt sind, oder die sonst der Verkehrsregelung unterliegen, unter vorfälliger Verletzung der zur Regelung ergangenen Vorschriften oder unter Verleitung eines anderen zur Verletzung dieser Vorschriften zur Weiterveräußerung erwirbt, oder wer sich zu solchem Erwerb erbietet, wird wegen Schleichhandels mit Gefängnis bestraft; daneben ist auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mk. zu erkennen. Ebenso wird bestraft, wer gewerbsmäßig solche Geschäfte vermittelt oder wer sich zu solchen Vermittlungen erbietet. Neben der Strafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden; ferner kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Täters öffentlich bekanntzumachen ist.“

Die Verordnung droht bei wiederholtem Rückfall Sucht haus bis zu fünf Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter fünf Monaten neben der Geldstrafe bis zu 500 000 Mk. an. Außerdem kann bei jeder Verurteilung auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Die Verordnung spricht von der „Verleitung“ zur Verletzung der Vorschriften; sie geht also von der Voraussetzung aus, daß die Landwirte, welche die Geschäfte mit den Schleichhändlern machen, unschuldsvolle Engel sind, die nur der Verführung erliegen, wenn sie ihre Erzeugnisse im Schleichhandel zu Wucherpreisen an den Mann bringen. Demgemäß unterliegen die Erzeuger den Vorschriften der neuen Verordnung nicht. Ob auch diese strengen Strafen den wucherischen Schleichhandel beseitigen werden, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Jedenfalls aber werden die Preise im Schleichhandel infolge des erhöhten Risikos bedeutend steigen. Das einzige Mittel, den Schleichhandel zu beseitigen, wäre die Beibehaltung der Nahrungsmittel an der Erzeugungsstelle. Aber das will man den Landwirten nicht antun. Solange man jedoch vor diesem einzigen erfolgversprechenden Mittel zurückzuckt, bleiben alle Verordnungen gegen Schleichhandel und Wucher ein Schlag ins Wasser.

Gegen den Ersatzmittelschwindel.

Dem großen Unfug, der mit Ersatzmitteln getrieben wird, soll endlich von Reichs wegen entgegengetreten werden. Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, nach welcher Ersatzlebensmittel gewerbsmäßig nur hergestellt, angeboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie von einer Ersatzmittelsstelle genehmigt sind. Die Verordnung spricht nur von Ersatzlebensmitteln, sie sieht jedoch vor, daß die Vorschriften auch auf Ersatzmittel für andere Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgedehnt werden können. Die Verordnung tritt am 1. Mai 1918 in Kraft. Soweit sich aber noch Waren, die den Bestimmungen der Verordnung nicht entsprechen, in den Händen des Handels befinden, können diese noch bis zum 1. Juli 1918 abgesetzt werden, auch wenn die reichs-gesetzliche Genehmigung noch nicht erfolgt ist.

Die Sommerzeit.

In diesem Jahre dauert die gesetzliche Sommerzeit vom 15. April, vormittags 2 Uhr, bis zum 18. September, vormittags 3 Uhr. In dieser Zeit sind die Uhren um eine Stunde vorgestellt, so daß sie um eine Stunde früher Mittags anzeigen.

Diese Maßnahme erfolgt jetzt zum dritten Male. Der Zweck ist es, an Beleuchtung zu sparen, und tatsächlich dürfte dieser Zweck auch erreicht worden sein. Auf der anderen Seite hat aber die Sommerzeit auch manche Störungen verursacht, so daß Zweifel entstanden sind, ob die Einrichtung ihre Nachteile übersteigt. Um die Einrichtung der Sommerzeit zu erleichtern, hat die Zentralkommission eine Anfrage bei den Verbrauchsvorständen veranlaßt. Von diesen haben 72 geantwortet, wofür

sich 20 nicht geäußert haben. Das „Correspondenzblatt“ veröffentlicht eine Reihe von Auszügen aus den eingereichten Gutachten. Sie bestätigen, daß die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Sommerzeit noch sehr weit auseinandergehen. Wenn beabsichtigt sein sollte, diese Einrichtung als eine Errungenschaft der Kriegszeit in die Friedenswirtschaft zu übernehmen, dann wird noch sehr sorgfältig geprüft werden müssen, welche Stellung die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit dazu einzunehmen haben.

Die Zunahme der Geschlechtskrankheiten.

Ueber die Zunahme der Geschlechtskrankheiten bringt die Begründung zu den eben dem Reichstag zugegangenen Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten umfangreiche neue statistische Aufzeichnungen bei. Hiernach stieg z. B. die Zahl der in den allgemeinen Krankenhäusern im Deutschen Reich an den hauptsächlichsten Geschlechtskrankheiten Behandelten von 46 404 im Jahre 1902 auf 105 503 im Jahre 1913. Dabei ist zu bedenken, daß die Zahl der in den Krankenhäusern behandelten Geschlechtskranken nur ein geringer Teil der überhaupt vorhandenen ist.

Im Winter 1913/14 haben die deutschen Großstädte eine Erhebung über die Zahl der sich in ärztlicher Behandlung befindlichen Geschlechtskranken vorgenommen. Soweit die Ergebnisse hierüber bekanntgeworden sind, kamen auf je 1000 Einwohner 5,62 Geschlechtskranke. Davon waren 69 Prozent männlichen und 31 Prozent weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Erkrankungsfälle an Geschlechtskrankheiten im Meer nahm bis zum Jahre 1900 ständig ab, und zwar bis auf 17,8 pro 1000 der Kopfstärke der Armee. Die Ziffer erhöhte sich aber wieder auf 21,2 im Jahre 1913. In der Marine sind die Zahlen viel höhere, Jahre 1913 z. B. 57,8. Die Zahl der eingestellten geschlechtskranken Rekruten schwankt zwischen 7,1 und 7,0 je 1000.

Auch über die Wirkungen der Geschlechtskrankheiten sucht die Begründung des Gesetzes Material statistisches Material beizubringen. Als Nachkrankheiten treten Gelenkentzündungen, Herz- und Nierenleiden usw. auf. Die Syphilis pflegt eine Reihe von bedenklichen Organerkrankungen hervorzurufen, insbesondere Entartung der Blutgefäße des Herzens, Erkrankungen der Augen sowie Rückenmarkschwindsucht und Gehirnparalyse. Die Zahl der in den allgemeinen Krankenhäusern behandelten Fälle von Rückenmarkschwindsucht vermehrte sich von 2757 im Jahre 1902 auf 5716 im Jahre 1913, die der an paralytischer Seelenstörung leidenden Geisteskranken von 9398 auf 11 862. Schließlich werden noch Ziffern beigebracht über die ungünstigen Einwirkungen der Geschlechtskrankheiten auf die Geburtenhäufigkeit. Während des Krieges haben sich die Geschlechtskrankheiten bekanntlich stärker verbreitet als zuvor.

Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum.

In Leipzig ist ein Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum eingerichtet worden, dessen Zweck es ist, ein geschlossenes Bild der riesenhaften Leistungen aller Zweige der deutschen Volkswirtschaft im Weltkrieg festzuhalten. Das Museum gliedert sich in eine Darstellung der bemerkenswerten Formen und Einrichtungen der Kriegswirtschaft, die durch Waren, Modelle, Muster, graphische, figurliche und sonstige körperliche Darstellungen der breiten Masse der Bevölkerung wirtschaftliches Verständnis vermitteln wird, ferner in eine Bibliothek der in- und ausländischen Literatur über die deutsche Kriegswirtschaft und schließlich in ein Archiv, das die deutsche Kriegswirtschaft und schließlich in ein Archiv, das die deutsche Kriegswirtschaft, als die in Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen, Berichte, Statistiken, private Aufzeichnungen u. dgl. m.

Das zu bearbeitende Material umfaßt in zunächst 15 großen Gruppen die Landwirtschaft, den Bedarf, die Versorgung und den Ersatz von gewerblichen Rohstoffen und die Herstellung von Ersatzmitteln, die Kriegsindustrie, die Friedensindustrie und das Friedensgewerbe während des Krieges, den Handel, das Versicherungswesen, den Verbrauch und die Verteilung der notwendigen Bedarfsmittel, die Kommunen und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen, den Verkehr und seine Umformung, den Arbeitsmarkt, die Kriegs- und Zivilgesellschaftenbeschäftigung, den vaterländischen Hilfsdienst, das Geld- und Bankwesen, die Finanzen des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden, die Wirkungen des Krieges auf das deutsche Volkvermögen, den Mechanismus der Kriegswirtschaft, die Verwaltung und Bewirtschaftung der besetzten Landesteile und die Ueberzeugungswirtschaft. Besonders förderlich für das deutsche Kriegswirtschaftsmuseum ist es, daß die benötigten Räume für die nächsten Jahre bereits zur Verfügung stehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 76265 Herm. Albrecht, Korbm., geb. 24. 9. 55 zu Samoschitz.
- 76423 Theod. Siemen, Tischl., geb. 2. 11. 61 zu Sibersgll.
- 76212 Rich. Stahl, Stellm., geb. 6. 2. 78 zu Kiel.
- 76297 Peter Stumpf, Modelltischler, geb. 9. 2. 89 zu St. Pölten (Ungarn).
- 76265 Frig. Hoffmann, Stellm., geb. 19. 10. 89 zu Wambel.
- 76268 Elise Kannengieser, Arb., z. v. 80 zu Marienthal.
- 76222 Frau Wilschütz, Korbm., 30. 3. 09 zu Haffelbach.
- 76562 Anna Köhler, Arb., geb. 12. 2. 90 zu Rosendorf.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

An die Modelltischler Deutschlands!

Der grausame Krieg hat so manchen Verbindung mit uns Kollegen im Lande getrennt und die Zahl der Ver-

über die Lage unserer Kollegen laufen recht spärlich ein. Wir richten nun an alle Kollegen die Bitte, die Ortsverwaltung resp. die Sektionen zu veranlassen, die Vertreterstellung wieder aufzunehmen, damit wir in die Lage versetzt werden, auch unsererseits den Kollegen einen Bericht und den anfragenden Orten Spezialauskünfte geben zu können. Alle Zuschriften sind wie bisher an den Unterzeichneten zu richten.

Zentralkommission der Modelltischler.
J. A. Franz Specht,
Magdeburg S. II, Bernigeröder Straße 55.

Korrespondenzen.

Mühlberg a. d. Elbe. (Korbmacher.) Die wirtschaftliche Lage der hiesigen Korbmacher hat durch den Krieg wesentliche Veränderungen erfahren. Aber auch die Organisation ist dabei nicht unberührt geblieben. Weit über 700 Personen sind seit Kriegsbeginn in unserem Städtchen in der Gefloßkorbbranche beschäftigt. Vorwiegend sind es weibliche und jugendliche Personen, die hier arbeiten. Nicht gering ist die Zahl derer, die aus der Landwirtschaft der Umgegend sich der Korbmacherei zugewendet haben. Die Landwirte sind dadurch arg in Bedrängnis und Besorgnis um ihre Arbeitskräfte geraten. Vor dem Kriege wurde hier nicht eine einzige weibliche Person in der Korbmacherei beschäftigt. — Unsere Zahlstelle konnte in der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung über sehr gute Erfolge berichten. Ueber 500 Mitglieder gehören gegenwärtig dem Deutschen Holzarbeiter-Verband an. Es ist der Organisationsfreudigkeit der Verwaltung gelungen, weit über 300 weiblichen Beschäftigten den Wert des Verbandes zur Hebung und Förderung ihrer wirtschaftlichen Lage begründlich zu machen. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber der Friedenszeit fast verdreifacht. Um den Mitgliedern das Wirken des Verbandes für das Korbmachergewerbe besonders klarzulegen, hielt der Vorsitzende der Zentralkommission der Korbmacher, Kollege Brückner (Berlin), ein instruktives Referat, in welchem er die Vorteile des Reichstaxif für die Gefloßkörbe beleuchtete. Er schilderte den Werdegang des Tarifs und die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden waren. Der Verbandsvorstand und die in Frage kommenden Instanzen haben alle Mittel wahrgenommen, um einen Erfolg für die Korbmacher zu erringen. Bereits sind gewisse Interessentengruppen am Werk, um unsere Erwerbschancen zu machen. Ueber die angeblich so hohen Löhne werden irreführende und absichtlich gefälschte Angaben in die Öffentlichkeit gebracht. Die Unternehmer, die sich an diesem Treiben beteiligen, wollen die Arbeiter um ihren Lohn prellen und das Geld in die eigene Tasche schieben. Mit der Mahnung, treu und fest zur Organisation zu halten und dadurch für die dauernde Hebung der Lage der Korbmacher zu wirken, schloß der Redner seine beherzigenswerten Ausführungen.

Unsere Lohnbewegung.

Lohnerhöhungen für die bauerischen Säger.

Am 11. und 12. März fanden im Kriegsamte München erneute Verhandlungen für das Sägewerke statt, die erfolgreich für die Arbeiterschaft ausliefen. An neuen Tarifsatzungen wurden zugestanden für die Arbeiter je 5 Pf. pro Stunde am 1. April und 1. August 1918, für die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter 5 Pf. am 1. April. Die Mindestlöhne steigen um die gleichen Beträge. Auch in der Arbeitszeit wurde ein Einvernehmen erzielt. Wir kommen in der nächsten Nummer ausführlich auf die Angelegenheit zurück.

Aus der Holzindustrie.

Der Unfallschutz verlag.

Nach der Reichsversicherungsordnung ist den Arbeitern nur ein sehr bescheidener Einfluß auf die Unfall-Versicherungsgenossenschaften eingeräumt. Aus der Verwaltung der Versicherungsgenossenschaften sind sie völlig ausgeschlossen, nur beim Erlaß der Unfallversicherungsvorschriften sind Arbeitervertreter in gewissem Umfang zu beteiligen. Die von den Arbeiterbeisitzern der Oberversicherungsämter gewählten Vertreter der Versicherten sind zu den Sitzungen zuzuziehen, in welchen der Vorstand der Versicherungsgenossenschaft zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung nimmt und die Maßnahmen anregt, die zur Verbesserung der Unfallversicherungsvorschriften geboten erscheinen. Diese Sitzungen müssen nach § 857 der Reichsversicherungsordnung alljährlich stattfinden.

Auf die Anfrage eines unserer Hamburger Kollegen, der Vertreter der Versicherten in der Norddeutschen Holzversicherungsgenossenschaft ist, wann in diesem Jahre die Sitzung stattfindet, antwortete der Vorstand der Versicherungsgenossenschaft folgendermaßen:

„Die Sitzung unseres Ausschusses und der Vertreter der Versicherten behufs Stellungnahme zu dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten für das Jahr 1917 und Anregung von Maßnahmen, die zur Verbesserung der Unfallversicherungsvorschriften geboten erscheinen — § 857 der Reichsversicherungsordnung — fällt nicht aus, sie ist nur aufgeschoben.“

Nach Vereinbarung mit dem Reichsversicherungsamt findet die Beratung über den Jahresbericht unserer technischen Aufsichtsbeamten für 1917 zusammen mit der über den Bericht für 1918 erst im Jahre 1919 statt.“

Diese Ansicht ist mehr als merkwürdig. Allerdings hat sich die Aufsichtstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten in sehr engen Grenzen gehalten. Nach dem letzten vorliegenden Bericht für das Jahr 1916 wurden nur 3,77 Prozent der Betriebe mit 13,04 Prozent der Arbeiter vermindert, und in fünf von den neun Sektionen der Norddeutschen Holzversicherungsgenossenschaft wurden überhaupt keine Revisionen vorgenommen. Nur 37,1 Prozent der Betriebe wurden in Ordnung gefunden, in allen anderen waren Mängel zu konstatieren. In 1226 Betrieben mußten 3942 Abordnungen hinsichtlich des Unfallgesetzes getroffen werden. Der Unfallschutz liegt also sehr weit zu wünschen übrig. Dabei wäre

eine strenge Ueberwachung der Betriebe gerade jetzt während des Krieges doppelt notwendig, wo so viele weibliche und jugendliche und sonst ungebildete Arbeiterkräfte an den Maschinen beschäftigt werden.

Allerdings haben die Arbeitervertreter keinen Einfluß auf die Ueberwachung der Betriebe und die Anstellung einer ausreichenden Zahl von Aufsichtsbeamten, aber sicher können sie wertvolle Anregungen zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geben. Der Ausbau dieser Vorschriften ist aber gerade jetzt am allernotwendigsten. Sie ist auch später nicht überflüssig, aber gegenwärtig, wo die Menge der ungebildeten Arbeitskräfte die Unfallgefahr erhöht, hätte man erwarten sollen, daß der Verstand der Berufsgenossenschaft eine Aussprache über dieses Thema für besonders wünschenswert erachtet, statt dessen wird die Aussprache über den Unfallschutz vertagt. Eigenartig berührt es, daß auch das Reichsversicherungsamt der Meinung sein soll, daß der Ausbau des Unfallgesetzes bis zum Jahre 1919 Zeit hat, wenn der Krieg hoffentlich vorüber ist. Das ist eine Auffassung, die sich mit dem Sinn der Unfallversicherung schlecht vereinbaren läßt.

Aus den Jahresberichten der Zahlstellen.

Die Zahlstelle Leipzig hat für das Jahr 1917 nur einen sehr knapp gehaltenen Jahresbericht herausgegeben, in welchem eine Darstellung der Bewegung zur Erlangung von Tarifsatzungen den größten Raum einnimmt. Das Scheitern der zentralen Verhandlungen hatte zur Folge, daß in Leipzig 600 Kollegen und Kolleginnen aus 17 Betrieben am 4. August die Arbeit einstellten. Das hat zur Beschleunigung der Verhandlungen beigetragen, so daß am 8. August die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Von den Mitteilungen aus den einzelnen Berufszweigen ist besonders interessant, aber für unsere Kollegen wenig rühmlich, das, was über die Bürstenmacher gesagt wird. Die Bürstenmacherinnung ist an unsere Verwaltung herangetreten mit dem Ersuchen, einen Vertrag abzuschließen. Von den 18 in der Branche am Ort beschäftigten Personen war jedoch nur ein Kollege organisiert. Nach einer Aussprache mit der Innung wurde die Abhaltung einer Versammlung vereinbart, deren Statuten den Arbeitern von ihren Meistern bekanntgegeben wurde. Es erschien aber nur ein Meister und ein Geselle. Der Lohn- und Arbeitsvertrag wurde später von der Innung unter Zugleichung von vier Kollegen aufgestellt. Die Verwaltung hat sich nur widerstrebend bereit gefunden, diesen Tarif zu unterzeichnen, denn wenn er auch verschiedene Verbesserungen bringt, so hätte doch bei einer besseren Organisation der Arbeiterschaft wesentlich mehr herausgeholt werden können.

Die Zahl der Mitglieder ist von 3070 auf 3800 gestiegen, die der weiblichen Mitglieder allein von 470 auf 900. Am Ende des Jahres 1914 zählte die Zahlstelle erst 94 weibliche Mitglieder. Während des Krieges ist aber auch die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen stark angewachsen. Ende 1914 waren es 120, Ende 1915 265; das folgende Jahr brachte eine Steigerung auf 805, und Ende 1917 wurden 1500 festgestellt. In der in neuerer Zeit aufgetommenen Holzschliffenfabrikation sind meist Arbeiterinnen beschäftigt, doch ist die Fluktuation groß, und im allgemeinen ist es schwer, die Kolleginnen dem Verband zuzuführen; die angegebenen Zahlen lassen aber erkennen, daß trotzdem beachtenswerte Fortschritte erzielt wurden. — Die Kassenverhältnisse der Zahlstelle sind günstig. Die Kassa hatte bei einer reinen Einnahme von 74 424 Mk. eine Ausgabe von 58 053 Mk. Der Kassenbestand betrug am Jahreschluß 175 213 Mk.

Die Holzarbeiterorganisationen in Oesterreich.

Der Ueberblick über die einzelnen Zentralverbände, die in der „Gewerkschaft“, dem Organ der Gewerkschaftskommission in Oesterreich, veröffentlicht wird, entnehmen wir, daß es im Verband der Holzarbeiter wieder vorwärtsgeht. Die im Frühjahr in den Kriegsleistungsbetrieben ausgebrochene Bewegung hat das Eis gebrochen. Auch die außerhalb der Kriegsleistungsbetriebe stehenden Holzarbeiter wurden von der Bewegung ergriffen. Die Agitation wurde wieder lebhafter, und sie führte zu einer beträchtlichen Steigerung der Mitgliederzahl. Diese betrug am Jahreschluß rund 6000, also um 2000 mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen des Verbandes betragen etwa 160 000 Kronen, die Ausgaben 150 000 Kronen. Die Lohnbewegungen waren sehr zahlreich und von gutem Erfolg begleitet. Der Arbeitsmarkt war günstig, das ganze Jahr war Mangel an Arbeitern zu verzeichnen. Für das Jahr 1918 wird aber der Eintritt einer Verringerung befürchtet, da sich in einzelnen Branchen Materialmangel bemerklich macht. Infolge Kohlenmangels mußten schon in manchen Betrieben Feuerstätten eingelegt werden.

Wenig erfreulich ist die Lage im Verband der Drechsler. Dem Verband sind im abgelaufenen Jahr wohl 150 Mitglieder neu beigetreten, doch ist seine Mitgliederzahl von 650 auf 820 gesunken. Der Verband muß seine Tätigkeit jetzt ausschließlich auf Wien beschränken. Die finanzielle Lage des Verbandes ist wenig günstig; die Ausgaben waren um 2008 Kronen höher als die Einnahmen. In den einzelnen Berufszweigen wurden Zulagen bis zu 100 Prozent erzielt. Als Kriegswirkung heißt es am Schluß des Berichts, macht sich ein Materialmangel und infolgedessen auch eine große Verringerung der Produktion bemerkbar, welche Umstände für den Verband resp. die Beschäftigten bei Fortdauer des Krieges sehr verhängnisvoll werden können.

Der ungarländische Holzarbeiter-Verband veröffentlicht

seinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1917. Das Ergebnis ist recht günstig. Der Verband hatte im Jahre 1917 etwa 11 000 Mitglieder. Durch den Krieg wurde er sehr hart betroffen; am Schluß des Jahres 1915 wurden nur 2333 Mitglieder gezählt. Scher, geht es aber wieder vorwärts. Ende 1917 waren in der Zahlstelle 10 000 Mitglieder, und bis zum Schluß des Jahres 1917 hat die Mitgliederzahl auf 8901. Der größte Teil der Mitglieder sind auf Budapest, wo in 10 Zahlstellen 2001 Mitglieder

gehört wurden. In der Umgegend von Budapest befinden sich weitere 8 Ortsgruppen mit 1345 Mitgliedern, während die 32 Ortsgruppen in der Provinz zusammen nur 1595 Mitglieder zählten.

Die Einnahmen an Beiträgen betragen 274 868 Kronen. Seit dem 1. Juli wird ein Extrabeitrag von 50 Heller wöchentlich von den Facharbeitern und von 30 Hellern von den Hilfsarbeitern und den Arbeiterinnen erhoben. An Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden 11 886 Kronen ausgegeben. Dagegen erforderte die Arbeitslosenunterstützung nur 336 Kronen. Gegen Ende des Jahres stieg aber infolge Kohlenmangels und Betriebsreduktionen die Zahl der Arbeitslosen, doch gelang es, die in den Rüstungsbetrieben Entlassenen in Kleinbetrieben und bei Möbelfachern unterzubringen. Der Verband hatte am Jahreschluss ein Gesamtvermögen von 1 684 856 Kronen.

Die Pianofortefabrik Gebr. Perzina in Schwern i. M., die sich bei unseren Kollegen keines besonders guten Rufes erfreut, ist bekanntlich in den Besitz der Firma Foller übergegangen und auf den Bau von Flugzeugen umgestellt worden. Nach dem Kriege soll aber die Herstellung von Klavieren wieder in vergrößertem Umfang aufgenommen werden. Direktor Foller, der jetzige Alleinbesitzer des Betriebs, hat den früheren Mitinhaber Paul Perzina als technischen Leiter engagiert, und dieser ist dabei, die Aufnahme der Friedensproduktion vorzubereiten. In erster Linie ist er bemüht, sich tüchtige Klavierarbeiter heranzuziehen, denen die Aufgabe zufällt, Kriegsbeschädigte, vor allem aber Frauen und Mädchen anzulernen. Das läßt darauf schließen, daß die Firma auch künftig großen Wert auf billige Arbeitskräfte legen wird. Die Vorliebe für Frauen und Mädchen ist besonders bemerkenswert. Zweifellos wird diese Firma nicht die einzige sein, welche bestrebt ist, sich billige Frauenarbeit dauernd nutzbar zu machen. Eine Mahnung für unsere Kollegen, der Organisierung der Arbeiterinnen fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Spekulation auf die „Billigkeit“ der weiblichen Arbeitskraft muß nachdrücklich entgegengetreten werden.

Gewerkschaftliches.

Der Bäcker-Verband beruft seine ordentliche Generalversammlung auf den 6. Mai nach Leipzig. Aus der sehr reichhaltigen Tagesordnung ist zu erwähnen die Aenderung des Statuts und des Unterstützungsreglements, die Befestigung der Nacht- und der Sonntagsarbeit, Unternehmerrgewinne und Arbeiterlöhne im Beruf und die Lehrlingsfrage.

Der Bergarbeiter-Verband hat im Jahre 1917 einen geradezu glänzenden Aufschwung genommen. Er hatte zu Beginn des Jahres 53 404 Mitglieder, am Jahreschluss betrug seine Mitgliederzahl 110 454, das ist eine Zunahme um 57 000; die Mitgliederzahl hat sich also mehr als verdoppelt. Dabei sind die beim Heer befindlichen Mitglieder nicht mitgezählt. Es wurden insgesamt bis Ende 1917 43 242 Mitglieder eingezogen, von denen 14 254 wieder entlassen wurden. Der Verband verfügte am Jahreschluss über ein Vermögen von 4 943 995 M.

Der Buchbinder-Verband hat nach der jetzt vorliegenden Berechnung im Jahre 1917 seine Mitgliederzahl um 3713 vermehrt; er zählte am Jahreschluss 5519 männliche und 1476 weibliche, zusammen 7005 Mitglieder. Der Verband der Buchbinder betrug am Jahreschluss 1 146 547 M., darunter 527 099 M. Reserven für die Invalidenunterstützung.

Der Dampfer-Verband hat einen Geschäftsbericht für die Jahre 1916/17 herausgegeben, der von einer fleißigen Gewerkschaftsarbeit Kunde gibt, die nicht ohne Erfolg geblieben ist. In der Bewegung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden recht beachtenswerte Erfolge erzielt. Auch die Arbeit des Verbandes war von Erfolg gekrönt, allerdings wurden durch die schwierigen Einvernehmungen dem Verband mehr als hundert Entlassene, als ihm durch die Agitation zugeführt werden konnten. Die Mitgliederzahl sank im Jahre 1916 von 231 auf 192 und

im Jahre 1917 weiter auf 1708. Bis Ende 1917 waren 6980 Mitglieder eingezogen worden, von denen 442 entlassen wurden; 546 sind als gefallen gemeldet. Das Vermögen des Verbandes hat eine kleine Steigerung erfahren. Am Schluss des Jahres 1917 betrug das Vermögen 140 725 M., davon in der Hauptklasse 124 220 M.

In den Verbänden der Gastwirtsgehilfen haben die schon seit einiger Zeit bestehenden Verschmelzungsbestrebungen zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Am 26. Februar wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welcher der Genfer Verband, der Deutsche Kellnerbund, der christliche Reichsverband der Gasthausangestellten, der freigeberische Reichsverband der Gastwirtsgehilfen und der Verband der Küche beigetreten sind. Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist die gemeinsame Erörterung und Lösung der berufspolitischen Aufgaben: Arbeiterschutz, Koalitionsrecht, Arbeitsstammern, Versicherungsgegebung, Stellenvermittlung, Lehrlingswesen, Lohn- und Arbeitsbedingungen (auch Kost- und Logiswesen). Ferner die Fragen des Konzeptionswesens, der Volkseigenen, der Verkehrs- und Steuerpolitik u. a., soweit das Gewerbe bzw. die Angehörigen hierbei wesentlich interessiert sind.

Der Hutmacher-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 um rund 1000 gesteigert; er zählte am Jahreschluss 8529 Mitglieder.

Der Kürschner-Verband hielt in den Tagen vom 25. bis 27. Februar einen außerordentlichen Verbandstag in Hamburg ab. Derselbe war hauptsächlich veranlaßt durch Differenzen zwischen dem Vorstand und dem Redakteur und Verleger des Verbandsorgans, Hege. Dieser zählt sich zu den Unabhängigen, und er hat seine politische Auffassung in dem von ihm geleiteten Blatt auch schon zum Ausdruck gebracht. Als eine Nummer des „Kürschner“ im Jahre 1917 verboten wurde, hat der Vorstand, um weitere Schädigungen der Verbandsinteressen hintanzuhalten, im Einverständnis mit der Sekretariatskommission beschlossen, daß Hege seine Artikel vor der Drucklegung der Sekretariatskommission vorzulegen habe. Daraufhin kündigte Hege seine Stellung, und es war eine Aufgabe des Verbandstages, über diesen Konflikt eine Entscheidung zu treffen.

Nach dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Delsner zählte der Verband, der vor Kriegsausbruch 2776 männliche und 1225 weibliche Mitglieder hatte, am Schluss des Jahres 1917 noch 764 männliche und 683 weibliche Mitglieder in 27 Filialen. Für seine Tätigkeit wurde dem Vorstand einstimmig Entlassung erteilt. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm ein von Berlin gestellter und von Hege begründeter Antrag ein, der ein scharfes Mißtrauensvotum gegen die Politik bedeutete, die von „der Generalkommission und sonstigen Gewerkschaftsinstanzen“ seit Kriegsausbruch geübt wird. In der Begründung dieser Resolution heißt es einleitend: „Die sogenannte Politik des 4. August 1914, die geradezu der Stolz der Gewerkschaftsinstanzen ist, schließt in sich die freiwillige Aufgabe der Lohnkämpfe sowie die Aufgabe jeder selbständigen Arbeiterpolitik.“ Wir wollen gegen den Beschluß des Verbandstages der Kürschner nicht polemisieren, wir beschränken uns darauf, auszusprechen, daß die hier aufgestellte Behauptung falsch ist, wie jeder wissen muß, der auch nur oberflächlich die Tätigkeit der Gewerkschaften während des Krieges beobachtet hat.

Die Resolution wurde mit 13 gegen 6 Stimmen angenommen. Damit hatte der Verbandstag auch seine Entscheidung in dem Streit zwischen Vorstand und Redaktion gefällt. Es wurde beschlossen, daß Hege an seinem Posten bleiben soll. Im Hinblick auf die beschlossene Resolution lehnte der jetzige Vorsitzende Delsner die Wiederwahl ab. Da unter den Delegierten keiner sich zur Annahme des Amtes bereit fand, wurde beschlossen, die Stelle des Vorsitzenden auszuscheiden. Beschlossen wurde, den Eich des Jahresendes vom 1. Januar 1919 an nach Leipzig zu verlegen. Von sachlichen Beschlüssen ist noch zu erwähnen eine Erhöhung der Beiträge auf 20, 40, 60, 80 und 100 Pf. in

den fünf Beitragsklassen. Diese Erhöhung tritt am 1. Juli in Kraft; die gleichfalls erhöhten Unterstützungssätze werden vom 1. Januar 1919 an ausgezahlt.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, im Adlon-Parc 2, bezogen werden.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Märzheft Artikel nach Entwürfen Bremer und Dresdener Fachleuten. Winkelmüller schreibt über Wäsch- und Feilertische. Angeregt die Aufsatzreihe über das technische Zeichnen des Bauzeichners fort. Joseph August Zug entwickelt sein Programm zur Reform der Lehrlingsausbildung weiter. Das Heft ist reich illustriert.

Das Fachblatt kostet vierteljährlich 1,50 M. Verbandsmitglieder erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltung für 1,25 M.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben vom „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franchsche Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 4 bis 5 Buchbeiträgen. Halbjahrespreis 3,00 M. Der „Kosmos“ verfolgt die Aufgabe, die Naturwissenschaften vollständig zu machen, und die Zeitschrift erfüllt ihren Zweck in vorzüglicher Weise. Jedes der monatlich erscheinenden Hefte bringt eine Anzahl Aufsätze und Notizen, vielfach mit Illustrationen, aus den verschiedensten Zweigen der Naturwissenschaften. Die Artikel sind meist so geschrieben, daß sie von jedermann ohne besondere Vorkenntnisse verstanden werden. Der Bezug des „Kosmos“ kann jedem Naturfreund empfohlen werden.

Geschichte der Naturwissenschaften. (Vogelheben in der Vogeldrucksch.) Von Dr. Kurt Floerke. 84 S. Ottav. Stuttgart, „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franchsche Verlagshandlung). 1918. Geh. 1,25 M., geb. 2 M.

Schutz und Trughindernisse in der Natur. Von Wilhelm Bilsch. Mit vielen erläuternden Abbildungen. Stuttgart, „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franchsche Verlagshandlung). 1917. 77 Seiten Ottav. Preis geheftet 1,25 M., gebunden 2 M.

Haus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde, Haus und Familie. Franchsche Verlagshandlung, Stuttgart. Vierteljährlich 6 Hefte. Vierteljahrespreis 1 M.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Stuttgart. Abonnementspreis bei allen Buchhandlungen und Postanstalten vierteljährlich 3,90 M., Einzelhefte 30 Pf.

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 M. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Demokratie und Freiheit. Unter diesem Titel gibt Julian Borchardt im Auftrag der „Internationalen Sozialistischen Deutschlands“ eine Untersuchung über das parlamentarische System und seine Wirkungen in den westlichen Kulturstaaten heraus. Das erste Heft dieser auf vier Hefte berechneten Serie ist den Vereinigten Staaten von Amerika gewidmet. Die Broschüre enthält ein reiches Material zur Aufklärung darüber, daß trotz der scheinbar streng demokratischen Form der amerikanischen Verfassung es dort dem Volke fast noch schwerer als anderwärts gemacht worden ist, seine wahren Interessen zu erkennen und seinen wirklichen Willen zur Geltung zu bringen. Die im Verlage von Georg Sturm (Berlin SW. 48) erscheinende Broschüre kostet 1,20 M.

Einheits-Stenographie (Stolze-Schrenk). Methodisches, leichtfaßliches Lehrbuch zum Selbstunterricht von W. Detjen, Lehrer der Stenographie. Verlag L. Schwarz u. Comp., Berlin C. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1,35 M.

Die einfache, die doppelte und die amerikanische Buchführung. Zum Selbstunterricht, leicht faßlich und übersichtlich dargestellt von W. Wohlberedt. Verlag L. Schwarz u. Comp., Berlin C. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1,35 M.

Gesorbene Mitglieder.

Karl Kammel, Tischler, gest. in Freiburg (Schaffhausen).
 Aug. Reizner, gest. in Dortmund.
 Joh. Staudt, Holzarbeiter, 68 Jahre, gest. in Eilenburg.
 Carl Schulz, Tischmacher, 40 Jahre, gest. in Grödenberg.
 Gustav Anstöß, Schreiner, 56 Jahre, gest. in Eilenburg.
 Wilhelm Fortsma, Schreiner, 42 J., gest. in Eilenburg.
 Franz Stein, Schreiner, 56 Jahre, gest. in Eilenburg.
 Leonh. Hantsinger, Schreiner, 41 J., gest. in Eilenburg.
 Rob. Bauer, 53, gest. in Schönheide.
 Ehre ihren Andenken.

Tischlergefelle erhalt Arbeit.

Johann Heide, Leipzig bei Strammichweg.

Tischler und Feiler Ernst.

Wilmh. Ernst, Tischler, Jena (Thür.), Grützstraße 10.

Gute tüchtige, arbeitsfreudigen Meister oder Gesellen.

Herrn Herrn J. Renardt,
 Georg, Möbel- und Bauholzwerk,
 Selben (Thüringen).

Ich bin bereit in jeder Beziehung tüchtigen Zuschneider für Möbel,
 bei der Herstellung von Herkommenes Möbel.
 Siebenbürg. Holzfabrik, Rander a. Deiten.

Tüchtige Drechsler sofort gesucht. H. Reiter, Drechslermeister, Gleasburg, Angersburgerstr. 6.

2 Korbmacher auf Grünselstagen gesucht.

Georg Kappel, Korbmachermeister, Waren in Mecklenburg.

Korbmacher auf Mühlentörbe stellt ein Konstitutionskraft Heinrich Kochs, Eilen (Thür). Rüttenfelder Straße 46.

Korbmacher auf 21-cm- und 15-cm-Langgranaten sofort gesucht. Robert Hörnig, Korbm.-Mstr., Rabenhilf-Dresden, Gartenstr. 8.

Korbmacher für 15-cm-Langgranaten und Scheitbauer für Feldpatronentörbe stellt ein Fritz König, Berlin O. 27, Blumenstraße 5.

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe, der mit allen Arbeiten vertraut ist, gesucht.
 G. Kühne, Silberstein, Cöckerstr. 27.

Eine Waggonladung (auch Detail) Ahornleisten

astraine, trockene Ware, 60 cm lang, 23, 25, 35, 40 mm breit, 3 mm stark sofort zu verkaufen. Meister zur Verfügung. Reflektanten wollen sich unter A. B. 433 bei der Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“, Berlin SO 16, melden.

Fabrikgebäude mit starker Wasserkraft

(früher Holzszerei u. Orfmühle) zu verpachten ev. später zu verkaufen. — Reflektanten wollen Anfragen senden unter A. 52 an das Annahen-Bureau Heinrich, Densch jr., Hamburg, Holm 53.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD

Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Befähigt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen-Anstalt durch die Direktion: B. Kollcher

Ökonomie Sagenbuch

gebunden 8 Pf.
 Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Baritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Wochenbericht vom Sonnabend, 9. März, bis Freitag, 15. März 1918.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B = Offene Arbeitsstellen, C = Gemeindefreie Arbeitslose am Schluss der Woche.

Ort	Besetzte			Offene			Gemeindefreie			Insgesamt				
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C		
Berlin	7	46	48	70	12	27	27	79	1	5	72	96	162	323
Bremen	1	—	—	1	6	—	—	—	—	—	1	7	—	314
Dresden	—	1	2	3	6	—	—	—	—	—	5	2	—	318
Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	1	8	—	7	—	—	—	—	—	—	1	—	—	217
Eilenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	2
Frankfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Siegen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Witten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	9	55	64	71	18	27	27	79	1	5	75	104	191	383
Woch. Bes.	4	34	38	71	24	27	27	79	1	5	85	125	249	383